



E-Control GmbH  
Rudolfsplatz 13a,  
1010 Wien  
per email an:  
recht-post@e-control.at

Datum 12.05.2025

## Begutachtung Gas-Systemnutzungsentgelte Verordnung 2013 - 2 Novelle 2025 („GSNE-VO“)

OMV Gas Marketing&Trading GmbH  
Trabrennstrasse 6-8  
1020 Wien



Registriert beim Handelsgericht Wien  
unter FN 223028h  
Gesellschaftssitz Wien

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die OMV Gas Marketing & Trading GmbH (OMV GAS) nimmt zu der am 30. April 2025 zur Begutachtung gebrachten revidierten 2. Novelle 2025 GSNE-VO 2013 innerhalb offener Frist wie folgt Stellung.

Unmittelbar nach dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat OMV GAS damit begonnen, Transportkapazitäten zu alternativen Lieferquellen zu sichern. So soll bei einem Ausfall von Gaslieferungen aus Russland die Versorgung ihrer Kunden jederzeit sichergestellt werden.

Mit dem vorliegenden Entwurf soll es im Jahr 2026 zu **mehr als einer Verdoppelung der Einspeisetarife** im Vergleich zu 2025 kommen. Dies hat enorme Auswirkungen auf die Kostenbasis dieser Kapazitäten. Über diese Kapazitäten hinaus, hält die OMV GAS Ausspeisekapazitäten ins benachbarte Ausland.

Viele dieser Ausspeiseverträge wurden bereits zu Zeiten abgeschlossen, in denen der Transport von Erdgas noch mit dem sogenannten „Punkt-zu-Punkt“ Marktmodell geregelt war. Bei der Umstellung auf das Entry/Exit System im Jahr 2013 hat der österreichische Gesetzgeber, **anders als beispielsweise in Deutschland, keinerlei Ausstiegsmöglichkeiten bei erheblichen Tarifsteigerungen**



vorgesehen, noch wurden in weiterer Folge andere regulatorische oder vertragliche Anpassungen unternommen, um Änderungen von wirtschaftlichen Umständen in langfristigen Transportverträgen Rechnung zu tragen.

### **Buchungsforecast und entgangene Erlöse – Begründung für den Rückgang des Mengengerüsts fehlt**

Die zur Stellungnahme gestellte Tarifsteigerung ist auf einen erheblichen Rückgang des Buchungsforecast zurückzuführen. Die Kostenbasis 2026 zu 2025 ist hingegen lt. Beilage 1 zum Begutachtungsentwurf im Wesentlichen gleichgeblieben, bzw. sogar leicht ansteigend (302,4 MEUR vs. 299,8 MEUR).

Der prognostizierte Buchungsrückgang führt nach unseren Berechnungen zu einem **Rückgang der Erlöse um ~ 100 MEUR**. Unsere Berechnung berücksichtigt dabei punktscharf den Rückgang des Buchungsforecast zum Zeitpunkt der 1. Novelle 2025 zu GSNE-VO 2013 im Mai 2024 (gemäß Anlage 3) im Vergleich zum revidierten Buchungsforecast gemäß Beilage 1 zur 2. Novelle 2025 vom 30. April 2025 – jeweils für das Kalenderjahr 2026 - multipliziert mit den jeweiligen punktscharfen Tarifen von 2025. Die Gesamtbuchungsannahme im Mai 2024 von Gas Connect Austria GmbH („GCA“) und TAG GmbH („TAG“) zusammen, war noch 1240 TWh (Jahr 2026). Gemäß Update vom 30. April 2025 sind es nur noch 850 TWh (Jahr 2026), was einer Abnahme um ~ 31% entspricht. Der weit überwiegende Teil der fehlenden Buchungsmasse von 388 TWh entfällt auf GCA.

Dieser Buchungsrückgang von ~ 100 MEUR soll nun **zur Gänze über die Erhöhung der kapazitätsbasierten Tarife auf den Markt umgelegt werden. Eine stichhaltige Begründung für diesen Buchungsrückgang ist hingegen nicht ersichtlich.**

Aus der Beilage 1 „Kosten- und Mengengerüst 2026“ ist nur ersichtlich, dass der Wegfall der Buchungsmengen an jenen Punkten am höchsten ist, welche ursprünglich in Zusammenhang mit **Importen von russischem Erdgas bzw. deren Weitertransport in benachbartes Ausland, aber auch zu ehemaligen Gazprom Speicheranlagen** gebucht wurden.

OMV GAS schließt daraus, dass die Änderung des Mengengerüsts ganz oder teilweise auf eine Änderung der von Gazprom Export gebuchten Kapazitäten zurückzuführen ist. Dies ist in den Erläuterungen allerdings nicht erwähnt, und es wäre unserer Ansicht nach zwingend nachzuholen, inwieweit sich das Mengengerüst (idealerweise je Netzknoten und Richtung) durch die Herausnahme von Bestandsbuchungen eines oder mehrerer Transportkunden errechnet. Zudem gibt es keinerlei Information zu den nunmehr getroffenen Annahmen in Bezug auf künftig erwartete Buchungen im Mengengerüst.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe auch Art 30, Abs 1 (a) ii, NC TAR (EC 2017/460)



Insgesamt bewertet OMV GAS das vorliegende Mengengerüst außerdem als nicht ausreichend, um den österreichischen Gasverbrauch sowie zusätzliche Bedarfe (Weiterexporte, Speicheraktivitäten, etc.) zu decken.

### **Fehlende Transparenz schädigt das Vertrauen in den österreichischen Gasmarkt – berechtigtes Informationsinteresse der OMV GAS – drohende Tarifspirale**

Wie bereits eingangs dargelegt, ist OMV GAS ein von diesen Tarifänderungen direkt und gravierend betroffenes Unternehmen und hat daher ein berechtigtes Interesse an einer transparenten und nachvollziehbaren Erläuterung für die massiven Tarifsteigerungen.

Die auf der **ENTSOG Transparency Plattform** veröffentlichten „BOOKED CAPACITY“ Werte für 2026 liegen an den oben erwähnten Punkten (konkret: Baumgarten EN, Oberkappel EX, Überackern EN/EX, sowie in geringem Ausmaß zusätzlich Arno EX) **deutlich über dem Mengengerüst** des zugrundeliegenden Begutachtungsentwurfs. Dies impliziert, dass diese Kapazitäten weiterhin für die Schuldner (unsere Annahme: Gazprom Export) reserviert sind. Jedenfalls geht aus unserer Beobachtung von PRISMA Kapazitätsauktionen hervor, dass die relevanten Kapazitäten **bis dato noch nicht zur Wiedervermarktung gekommen** sind, da diese Kapazitäten noch bei keiner Kapazitätsauktion angeboten wurden.

Für OMV GAS stellt sich somit die Frage, ob diese Wiedervermarktung nicht schon unter Anwendung des Use-It-Or-Lose-It („UIOLI“) Prinzips hätte beginnen müssen, um den Schaden aus dem Zahlungsausfall umgehend zu minimieren. Als Resultat des knappen Kapazitätsangebots am Punkt Entry Oberkappel beispielsweise, ist **die seit Montag 5. Mai laufende Quartalsauktion (für die Transportperiode Q3/2025) vielfach überzeichnet**<sup>2</sup>. Diese Auktionsprämien sollte daher jedenfalls zur Deckung des Zahlungsausfalls verwendet werden.

Daraus ergeben sich einige wichtige Fragen:

- Ist die Revision des Buchungsvolumens ausschließlich auf einen (Gazprom Export) oder auch auf weitere Transportkunden zurückzuführen?
- Wann werden die Fernleitungsnetzbetreiber das „Use-It-Or-Lose-It“-Prinzip gegenüber den ausfälligen Transportkunden anwenden?
- Wurden die Transportverträge mit dem/den Transportkunden bereits aufgekündigt?
- Wurden bereits alle vertraglichen Möglichkeiten ausgeschöpft (z. B. Sicherheitsleistungen einbehalten) und rechtliche Schritte eingeleitet, um den

---

<sup>2</sup> Stand 12.05.2025, 10:00 Uhr (Runde 24): ~ 1,39 MEUR Auktionspremium entfallend auf GCA



finanziellen Schaden auf die verbleibenden Transportkunden abzuwenden oder zumindest zu minimieren? Liegen bereits vollstreckbare Exekutionstitel vor?

- Die in Beilage 1 dargestellte prognostizierte kontrahierte Kapazität ist, wie oben bereits erwähnt, geringer als die auf der Transparenzplattform von ENTSOG ausgewiesene gebuchte Kapazität im Jahr 2026 (Stand: 09.05.2025). Werden diese Kapazitäten weiterhin zurückgehalten bzw. bleiben reserviert, oder werden die Fernleitungsnetzbetreiber diese Kapazitäten der Wiedervermarktung zuführen?
- Sofern diese Kapazitäten der Wiedervermarktung zugeführt werden: Zu welchem Stichtag erfolgt die Aktualisierung der ENTSOG-Daten, und wann gelangen die Kapazitäten angesichts der gegenwärtig bestehenden Engpässe über die entsprechenden Prisma Auktionen auf den Markt?

**Ohne nähere Informationen im Sinne unserer Fragen ist OMV GAS und anderen von der Tarifierhöhung betroffenen Marktteilnehmern eine Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Angemessenheit der Tarifierhöhung nicht möglich.**

**OMV GAS hat darüber hinaus insofern ein berechtigtes Interesse an dieser Information, weil Teile der gebuchten Transportkapazitäten ebenso vom Ausfall der russischen Gasliefermengen betroffen sind. OMV GAS fordert in diesem Zusammenhang eine transparente Gleichbehandlung ihrer brachliegenden Transportkapazitäten mit jenen der Gazprom Export.**

In dem vorliegenden Entwurf wird das eingetretene Risiko des Zahlungsausfalls eines oder mehrerer Transportkunden zu 100 % auf die verbleibenden Netznutzer abgewälzt. Dies erfolgt offensichtlich durch die Reduktion des Buchungsforecasts im Ausmaß der vom Zahlungsausfall betroffenen Transportverträge und erwirkt die substantielle Erhöhung der Fernleitungsnetztarife. Die Auswirkungen einer solchen Tarifentscheidung könnte drastische Folgen für den österreichischen Gasmarkt haben, da sie **eine weitere Tarifspirale in Gang setzen würde.**

Denn die vorgeschlagenen Tarifsteigerungen (+102% Entry; + 75% avrg. Exit) würden dazu führen, dass **Transite durch Österreich zunehmend unattraktiver werden und Erdgashändler andere Korridore nutzen werden.** Dazu folgende Beispiele.

- Besonders hervorzuheben ist hier der **direkte Vergleich mit der Schweiz**. So ist der Transit von Deutschland über Österreich nach Italien im Jahr 2025 noch um ca. 7% günstiger im Vergleich zu einem Transit durch die Schweiz, so könnte ohne geeignete Gegenmaßnahmen die Route durch Österreich im nächsten Jahr um 26 % teurer werden und weitere Transitmengen von Österreich in Richtung Schweiz abziehen.
- Auch der bisherige Wettbewerbsvorteil Österreichs für **Weitertransporte von Deutschland über die West-Austria-Gasleitung („WAG“) in die Slowakei** (und damit auch für die Ukraine) wird sich ab dem Jahr 2026 im Vergleich zu einem



Transport durch Tschechien faktisch egalisieren. In die Ost→West Richtung wird der Transport über die WAG zukünftig sogar um ~ 20% teurer sein als über Tschechien.

Ein damit drohender Rückgang der Nachfrage für Transportkapazitäten in Österreich hat daher das Potenzial, die hier in Gang gesetzte Preisspirale weiter zu befeuern. Diese Entwicklung führt daher absehbar und kurzfristig zu weiteren Erhöhungen der Erdgas- und damit der Energiepreise in Österreich.

Diese sehr kurzfristig angesetzte und nicht hinreichend begründete Revision des Buchungsforecasts ist aus unserer Sicht nicht genehmigungsfähig, solange die obigen Fragen nicht geklärt sind und die Netzbetreiber nicht alle vertraglichen und rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft haben. Andernfalls würde die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandortes weiter substantiell gefährdet.

#### Zahlungsausfall als unternehmerisches Risiko, keine Gleichsetzung mit Nachfragerückgang

**Ein Zahlungsausfall eines oder mehrerer Kunden darf NICHT mit einer Änderung des Buchungsverhaltens von Transportkunden oder dem Rückgang der Verbrauchs- bzw. der Nachfrage nach Erdgastransporten gleichgesetzt werden.** Bis zur endgültigen Klärung der Forderungsausfälle müssen die Buchungsmengen im zugrundeliegenden Mengengerüst der Gassystemnutzungsentgelt-VO unverändert beibehalten werden.

Sollte eine abschließende Klärung der Forderungsansprüche einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, so sollten Fernleitungsnetzbetreiber und Behörde **alternative "Finanzierungsmodelle" oder "Überbrückungsmodelle"** evaluieren, um die notwendige Liquidität der Netzbetreiber bis zur abschließenden Klärung des Ausmaßes des Zahlungsausfalls sicherzustellen.

Diese Forderung ist aus unserer Sicht gerechtfertigt, da die Fernleitungsnetzbetreiber im Falle eines Zahlungsausfalls eine vergleichbare Verzinsung auf das eingesetzte Kapital erhalten sollen, als wenn dieser Zahlungsausfall nicht eingetreten wäre. Dieses Modell ist für Fernleitungsnetzbetreiber mit keinerlei unternehmerischem Risiko verbunden und erfordert auch keine Motivation zur Eintreibung der entgangenen Erlöse welche über die grundsätzliche Verpflichtung des Netzbetreibers gemäß der Methode nach §82 GWG hinausgehen, „*alle Anstrengungen zu unternehmen, um bestehende langfristige Verträge über Kapazitätsbuchungen bis zu deren Laufzeitende aufrecht zu erhalten (Prinzip pacta sunt servanda).*“

Daher ist zumindest eine vorläufige Reduktion der Rendite für jene Mengenanteile vorzusehen, die vom Zahlungsausfall betroffen sind und auch nicht wiedervermarktet werden können.



### Konzepte zur Abfederung der Tarifspirale dringend notwendig

Die vorgeschlagene Vorgangsweise, dass das potenziell eintretende Risiko eines Zahlungsausfalls ausschließlich und unmittelbar über das kapazitätsbasierte Entgelt auf die verbleibenden Netznutzer und den Markt abzuwälzen, wird aus den oben genannten Gründen von OMV GAS abgelehnt.

Vielmehr ersuchen wir die Behörde sowie die Fernleitungsnetzbetreiber GCA und TAG, alternative Modelle zu entwickeln, der drohenden Tarifspirale etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Integrität des österreichischen Fernleitungssystems zu sichern und eine angemessene Risikoverteilung zwischen Fernleitungsnetzbetreiber und Netznutzer innerhalb des bestehenden Rechts- und Regulierungsrahmens zu gewährleisten.

Ein solches Konzept könnte solche oder vergleichbare Maßnahmen beinhalten:

- Schaffung von Anreizen, die Forderung nach Zahlungsausfällen rechtlich von den Fernleitungsnetzbetreibern durchzusetzen
- **Implementierung eines Zwischenfinanzierungsmodells** zur Kompensation der Zahlungsausfälle und zur Sicherstellung der notwendigen Liquidität der Netzbetreiber
  - **Implementierung eines für den Markt transparenten Umlagekontos** (angelehnt an bereits in Deutschland etablierte Modelle von transparenten Umlagekonten), welches auf der Website der Fernleitungsnetzbetreiber bis spätestens 1.1.2026 transparent einsehbar ist. Zu diesem Zeitpunkt entspricht der Kontostand den offenen Forderungen seitens der Netzbetreiber aus den Zahlungsausfällen.
  - **Wiedervermarktung von nicht-bezahlten Kapazitäten werden umgehend gestartet** und Erlöse aus dieser Wiedervermarktung dem Umlagekonto gutschreiben
  - Erzielte **Auktionsaufschläge** sämtlicher Kapazitäten werden bis zur Deckung des Umlagekontos **gutschreiben**
  - Einführung eines **mengenabhängigen Entgelts** zur Deckung der Finanzierungslücke der TSOs und transparente Darstellung der Erlöse aus dieser Umlage auf dem Umlagekonto
  - Potenzielle **Rückzahlungen aus den Forderungsansprüchen** der Fernleitungsnetzbetreiber **werden dem Umlagekonto gutgeschrieben**. Bei zukünftiger Überdeckung erfolgt eine Ausschüttung über diese Umlage (negative Umlage)

Die zuvor beschriebenen Maßnahmen gewährleisten die für die Netznutzer elementare Transparenz. Andernfalls werden die Zielsetzungen des Netzkodex (EU) 2017/460 für harmonisierte Erdgas-Fernleitungsentgeltstrukturen ("NC TAR") in Bezug auf dessen

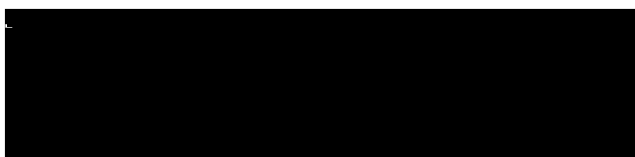


Grundgedanken, die Netznutzer in die Lage zu versetzen, die Fernleitungsentgelte in angemessenem Umfang zu prognostizieren, sowie in Bezug auf die Befähigung zur Marktintegration, die Erhöhung der Versorgungssicherheit und die Förderung des Verbundes der Gasnetze, nicht erreicht. Dies wiederum schwächt das Vertrauen in den österreichischen Gasmarkt und wird **weitere Transitmengen aus Österreich ins benachbarte Ausland abziehen**.

**Wir möchten die Behörde ersuchen, alle Möglichkeiten zu prüfen, um die kurzfristige und unerwartete Eskalation des kapazitätsbasierten Entgelts nicht zuzulassen.** Stattdessen sollte mit Hochdruck ein wie oben skizziertes Konzept entwickelt werden, um eine angemessene Risikoverteilung zwischen Fernleitungsnetzbetreiber und Netznutzer sicherzustellen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen



OMV Gas Marketing & Trading GmbH